Halle und Umgebung.

Halle, den 20. Juli 1920.

Aus dem Stadtparlament.

Etwas leichter hatten sich die beiden sozialistischen Parteien, als sie vor 14 Tagen das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters annahmen, die Abwicklung der Angelegenheit doch gedacht. Jetzt machen sie erstaunte Gesichter, wo ihnen die Rechnung präsentiert wird. Oberbürgermeister Dr. Rive verlangt auf zehn Jahre hinaus, bis zum Ablauf seiner Amtsperiode, sein volles Gehalt. Aber nicht blos die in der heutigen Zeit der Teuerung lächerlichen 18 000 Mk. Gehalt, die er bisher neben 3000 Mark Repräsentationsgeldern bezogen hat, sondern das Einkommen, das man seinem Nachfolger geben muß, und da hat Herr Dr. Rive ausgerechnet, daß das, wenn Halle nur einigermaßen in der Reihe der deutschen Städte bleiben will, immerhin reichlich 62 000 Mark sein müssen. Die Rechnung stimmt: 62 000 Mk. sind für einen Oberbürgermeister einer Stadt von der Größe Halles nicht viel. Mittelstädte zahlen jetzt schon 40 bis 45 000 Mk., z. B. Köthen. Und die Lutherstadt Wittenberg besoldet ihren Ersten Bürgermeister, Herrn Stadtrat Wurm, der unlängst noch als Stadtrat bei uns wirkte, mit etwa 38 000 Mk. Zieht man Großstädte zum Vergleich heran, mit denen Halle nach Volkszahl und wirtschaftlicher Bedeutung zu vergleichen wäre, so kommt man vollends zu dem Ergebnis: 62 700 Mk. ist kein großes Gehalt für den Ersten hallischen Bürgermeister.

Die Herren Sozialdemokraten ließen allerdings gestern in ihrer geschlossenen Sitzung durch Herrn Osterburg verkünden, daß sie den Herrn Oberbürgermeister Rive recht unbescheiden finden. Sie gaben gemeinschaftlich folgende Erklärung ab:

Die Fraktionen der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Sozialdemokraten haben grundsätzlich dem Rücktritt des Oberbürgermeisters zugestimmt — und zwar, weil sie ein Recht zu der Erwartung hatten, Herr Dr. Rive würde sich bei Erhebung seiner finanziellen Ansprüche der Tatsache bewußt sein, daß er selbst — nicht die Stadtverordnetenversammlung! — seinen Rücktritt erklärt und er selbst den Antrag auf Lösung seiner Dienstverpflichtung stellte. Diese Tatsache bedingt ein gewisses Maß von Bescheidenheit bei der Stellung der materiellen Ansprüche.

Die Erwartung der beiden Fraktionen sind nicht eingetroffen, Herr Dr. Rive hat sein finanzielles Begehren nicht in ausgleichendem Einklang mit seinem freiwilligen Rücktrittsbegehren gebracht.

Die Forderung, nicht die gegenwärtigen Bezüge des Oberbürgermeisters in voller Höhe zu behalten, sondern die Beanspruchung des vollen Gehaltes seines Nachfolgers für weitere 10 Jahre, sind für uns und jede gewissenhafte Stadtvertretung völlig unannehmbar.

Wir lehnen die Forderungen ab.

Nun, über die Bescheidenheit mag man streiten. Mögen die sozialistischen Stadtväter die Forderungen noch so unbescheiden finden, an der Tatsache ändert das gar nichts, daß die Angelegenheit Rive durch ihren neulichen leichtherzigen Beschluß in der schlimmsten Weise verfahren ist. Der Oberbürgermeister besteht auf seinem Vertrag mit der Stadt. Vorläufig hat er sich auf einige Wochen beurlauben lassen und die Stadt hat den Schaden davon, denn es ist bei den Lücken, die gegenwärtig das Magistratskollegium aufweist, schwer möglich, die Verwaltungsmaschine ohne den Oberbürgermeister im regelmäßigen Gang zu halten. Wie ein Ausweg aus der Verlegenheit gefunden werden soll, das wissen auch die Herren nicht, die gestern jene neue Erklärung über Unbescheidenheit abgegeben haben.

Für unsere Stadt wäre es eine schwere Last, wenn wir für nichts und wieder nichts an einen in besonderem Maße leistungsfähigen Oberbürgermeister, der uns aber infolge einer heillosen Verkettung von Umständen keine Dienste mehr leistet, innerhalb der nächsten 10 Jahre über 600 000 Mk. zahlen müßten.

Halle ist wahrscheinlich an sich schon, wie jede andere deutsche Stadt, auf Jahre hinaus in einer Finanzlage, die keine tröstlichen Aussichten eröffnet. Das hob Bürgermeister Seydel gestern wiederholt mit Nachdruck hervor. Das erste Mal, als es sich darum handelte, den Orchestermitgliedern des Stadttheaters die Eigenschaft als städtische Angestellte zu geben und dementsprechend auch die finanziellen Konsequenzen daraus zu ziehen. Er wies darauf hin, daß für unser Stadttheater noch immer die Gefahr bestehe, daß wir aus Mangel an Mitteln dieses unser erstes Kunstinstitut, stillegen müssen. Mit der Erhöhung der Eintrittspreise, die früher in Halle außerordentlich niedrig waren, ist da kaum noch viel zu holen; zeigt doch jetzt schon der Besuch seit Erhöhung der Preise einen Rückgang von durchschnittlich 25 Prozent. Aus diesem Grunde wird auch für die erstrebte Umwandlung des Stadttheaterorchesters in ein städtisches Orchester, das viel reichere Verwendungsmöglichkeiten bietet und sicherlich eine Hebung unseres heimischen Kunstlebens bedeuten würde, letzten Endes der finanzielle Effekt ausschlaggebend sein. Darüber wird ja demnächst der Theaterausschuß die näheren Erwägungen und Berechnungen anstellen. Grundsätzlich steht man in allen Fraktionen der Sache sympathisch gegenüber.

Und noch bei einer anderen Gelegenheit hob unser Finanzdezernent die Geldnot unserer Kommune hervor: als Herr Hildebrand gegen die Siebenmillionenüberschüsse, die das Elektrizitätswerk uns bringen soll, Sturm lief. Herr Hildebrand bedauerte, daß seine Partei unlängst die beträchtliche Erhöhung der Strompreise bewilligt habe; sie würde es nicht getan haben, wenn sie sich den beabsichtigten Millionengewinn des Elektrizitätswerks vor Augen gehalten hätte. Aber der Bürgermeister konnte ihm mit Recht erwidern, jener Millionenüberschuß sei jedem Stadtvater schwarz auf weiß bekanntgegeben worden, und er konnte fragen, wie denn Herr Hildebrand das Loch, das große Loch von sieben Millionen in unserem städtischen Etat anders zustopfen wolle. Der Einwand des Herrn Hildebrand, daß seine Partei es ablehne, durch Angabe neuer Steuern die Stadt aus dem Elend herauszuführen, das der von den Unabhängigen nicht gewollte Krieg gebracht habe, war schließlich doch eine recht lahme Ausflucht. Mit solcher unpraktischen Politik kommt man keinen Schritt weiter.

Höhere Beiträge zur Invalidenversicherung.

Vom 1. August an gelten höhere Beiträge zur Invalidenversicherung. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Zulagen für Rentenempfänger sind die Beiträge zur Invalidenversicherung durch Gesetz vom 20. Mai 1920 erhöht worden. Sie betragen in Lohnklasse I 90 Pfg. (jetzt 18 Pfg.), in Lohnklasse II 1 Mk. (jetzt 26 Pfg.), in Lohnklasse III 1,10 Mk. (jetzt 34 Pfg.), in Lohnklasse IV 1,20 Mk. (jetzt 42 Pfg.) und in Lohnklasse V 1,40 Mk. (jetzt 50 Pfg.). Diese Aenderungen treten am 1. August 1920 in Kraft. In den Lohnklassen und in der Zuteilung bezw. Zugehörigkeit sind keine Aenderungen eingetreten.

Nach Erhöhung der Krankenkassengrundlöhne, die nach wie vor für die Beitragshöhe zur Invalidenversicherung in der Regel ausschlaggebend sind, sind jetzt fast ausnahmslos für alle Versicherten im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt Beitragsmarken V. Lohnklasse (jetzt 50 Pfg., vom 1. August 1920 1,40 Mk.) zu verwenden. Niedrigere Beiträge dürfen gewöhnlich nur noch für Lehrlinge, für Aufwartefrauen und für ältere Personen, soweit sie geringen Verdienst haben oder den niedrigsten Stufen der Krankenkassen angehören, verwendet werden.

Alle Arbeitgeber möchten wir, um ihnen Unannehmlichkeiten und Weiterungen zu ersparen, an dieser Stelle auf die Aenderungen hinweisen.

Für die Zeiträume nach dem 1. August dürfen die jetzt geltenden Marken nicht mehr verwendet werden. Etwaige Markenvorräte tauschen die Krankenkassen bereitwilligst um. Selbst- und Weiterversicherer können wie bisher Beitragsmarken einer beliebigen Lohnklasse verwenden.

Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

sind gestern abend abgebrochen worden. Aus den Kreisen der Bergarbeiter wird uns dazu mitgeteilt:

„Die Verhandlungen zwischen den Braunkohlenwerken Mitteldeutschlands und den Gewerkschaften der Bergarbeiter, die gestern unter Beteiligung des Ministerialvertreters Dr. Bodenstein stattfanden, wurden am Abend abgebrochen. Die Arbeitervertreter erachteten das Angebot der Braunkohlengruben auf Erhöhung des Lohnes um 1 Mk. pro Tag für Arbeiter über 18 Jahre und 50 Pfg. für Jugendliche und Frauen als unzureichend. Eine Urabstimmung unter den Belegschaften der mitteldeutschen Kohlengruben soll bis Sonnabend feststellen, ob in der Sache ein Schiedsgericht angerufen oder gewerkschaftliche Maßnahmen beschlossen werden sollen. Auf Grund der Ergebnisse der Urabstimmung soll dann die Entscheidung fallen. Zur Zeit wird auf allen Gruben gearbeitet, mit Ausnahme des Braunkohlenwerks Golpa und der Gruben im Bornaer Bezirk. Notstandsarbeiten werden verrichtet."

Zu den schwebenden Lohnverhandlungen im Braunkohlenbergbau wird uns aus Arbeitgeberkreisen geschrieben:

Am 3. Juli d. J. war zwischen den vertragschließenden Parteien ein Abkommen getroffen worden, nach dem mit Wirkung vom 1. Juni 1920 eine Erhöhung des Haustandsgeldes von 2 Mk. auf 3 Mk. je Schicht, des Kindergeldes von 1 Mk. auf 2 Mk. je Schicht gewährt, sowie außerdem eine unentgeltliche Lebensmittelbelieferung der Braunkohlenbergleute durch die Reichsregierung (insbesondere Fettbelieferung) mit Hilfe besonderer auf Grund eines Beschlusses des Reichskohlenverbandes vom 30. Dezember 1919 gebildeter Fonds ins Auge gefaßt wurde. Die gemäß dieser Vereinbarung für alle Arbeiter des Braunkohlenbergbaues beantragte Fettzulage ist aus etatsrechtlichen Gründen von der Reichsregierung abgelehnt worden.

Die Arbeiter hatten an Stelle der Fettzulage eine Barlohnzulage von 3 Mk. je Schicht gefordert. Obwohl die Arbeitgeber noch der Vereinbarung vom 3. Juli d. J. die Kosten für die Lebensmittelzuweisungen nicht aufzubringen hatten, machten sie den Arbeitern im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe im Braunkohlenbergbau und auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums in der am 19. Juli 1920 zu Halle stattgefundenen Verhandlung folgendes Angebot:

In Abänderung der Ziffer 1 der Vereinbarung vom 3. Juli 1920 gewähren die Arbeitgeber der Unterverbandsbezirke Niederlausitz, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld, Halle, Borna und Meuselwitz für jede in den Monaten Juni und Juli 1920 verfahrene volle Schicht den erwachsenen männlichen Arbeitern eine Zulage von 1 Mk., den weiblichen und jugendlichen Arbeitern eine solche von 0,50 Mk. An prozentualen Zuschlägen für Gedinge-, Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten nimmt diese Zulage nicht teil.

Bezüglich der Ziffer 2 erklären sich die Unterverbandsbezirke Ostdeutschland, Forst, Oberlausitz, Grimma, Cassel und die Gewerkschaft Gustav zur Erhöhung des Haustandsgeldes außerstande, nachdem die in Aussicht gestellte Regelung seitens der Regierung nicht erfolgt ist.

Maßgebend für die Stellung der Arbeitgeber sind folgende Gesichtspunkte gewesen:

1. Die Löhne des Braunkohlenbergbaues stehen im Einklang mit den Löhnen der übrigen Industrie Mitteldeutschlands.
2. Die angebotene Zulage von 1 Mk. je Schicht entspricht dem Werte der in der Vereinbarung vom 3. Juli 1920 in Aussicht gestellten Fettzulage bei dem von der Regierung jetzt berechneten Preise von 7 Mk. je Pfund Ueberschichtenfett.
3. In den Randrevieren haben wegen Absatzmangel Arbeiterentlassungen stattgefunden; weitere stehen in Aussicht.
4. Der seit dem 1. Juni gewährten Erhöhung des Kindergeldes von 100 v. H. des Haustandsgeldes von 50 v. H. (letzteres ausschließlich der Randreviere) und der oben angebotenen Zulage von 1 Mk. je Schicht stehen keine Preiserhöhungen gegenüber. Im Gegenteil schweben beim Reichswirtschaftsministerium und den Organen der Kohlenwirtschaft Erwägungen über einen Abbau der Kohlenpreise.

Die anwesenden Gewerkschafts- und Belegschafts-Vertreter erklärten, zu dem Angebot der Arbeitgeber keine Stellung nehmen zu können. Die Belegschaften sämtlicher Betriebe des Tarifgebietes werden nunmehr durch Urabstimmung über folgende Fragen entscheiden:

Soll die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet werden oder nicht?

sowie verneinenden Falles:

Soll in den Ausstand getreten werden oder nicht?

Der Arbeitsmarkt im Monat Juni.

Während in den Sommermonaten des Vorjahres die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat sank, hält jetzt die rückläufige Bewegung des Arbeitsmarktes, die Ende April d. J. einsetzte, an. Auch im Monat Juni ist eine wenn auch unbedeutende Zunahme der Erwerbslosen festzustellen. Sie ist auf die durch die Wirtschaftskrise bedingten zahlreichen Betriebseinschränkungen zurückzuführen, denen gegenüber die größte Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft und anderer Sommerbetriebe nicht völlig ausgleichend zu wirken vermochte. Die Zahl der Erwerbslosen betrug in den einzelnen Regierungsbezirken: Magdeburg 3053 (im Vormonat 2782), Merseburg 295 (395), Erfurt 848 (758) und in Anhalt 34 (9).

Die Vermittlungstätigkeit für die Landwirtschaft war sehr lebhaft, weil für die Heuernte und Rübenbearbeitung Arbeitskräfte gebraucht und auch durch Ablösung russischer Internierter Stellen frei wurden. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen wurde gedeckt, dagegen blieb das Angebot an ledigen Knechten, Mägden und Gartenarbeiterinnen hinter der Nachfrage zurück. Auch der Bergbau wurde mit ungelernten Arbeitern reichlich versorgt. Mehreinstellungen wären möglich, wenn der noch bestehende Mangel an Häuern und Förderleuten behoben werden könnte. Der verschlechterte Geschäftsgang der Steinbruchindustrie, die zur Aufnahme Erwerbsloser sehr geeignet ist, aber nur beschränkt fähig war, ist auf Schwierigkeiten der Preisbildung zurückzuführen, deren Beseitigung vom Landesarbeitsamt gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstrebt wird. Der ungünstige Einfluß, den das erfreuliche Steigen der Valuta auf den Arbeitsmarkt ausübte, zeigte sich besonders an der Metall- und Eisenindustrie, wo das Ausfuhrgeschäft star hzurückging. Die notwendige Folge war Produktionsverringerung, die ein bedenkliches Ueberangebot an Schlossern auf den Markt brachte. Die dringend benötigten Spezialarbeiter konnten zum größten Teil vermittelt werden, nur Kesselschmiede sind noch immer sehr begehrt. Die Beschäftigungsziffer der Textilindustrie war zufriedenstellend. Die Möbel- und Pianofortefabriken litten unter starkem Mangel an Aufträgen und mußten daher die Arbeitszeit erheblich verkürzen. Das Angebot von Tischlern stieg, während erwerbslose Stellmacher bald wieder unterkamen. Die sehr ungünstige Arbeitsmarktlage im Nahrungsmittelgewerbe, im graphischen Gewerbe, in der Landwirtschaft und in den lederverarbeitenden Industrien hielt weiter an. Die Hauptabnehmer auf dem Arbeismarkt waren die chemische Industrie, das Bau- und das Baunebengewerbe und die Baustoffindustrie. Die allgemeine Verkaufsstockung erhöhte die Stellenlosenziffern der Verkäufer und Verkäuferinnen. Wie im Vormonat waren absichtlicher Buchhalter, Versicherungsfachleute, Stenotypisten und Stenotypistinnen sehr gesucht. Auf dem Arbeitsmarkt für Frauen war das Angebot von Arbeitskräften für Dauer- und Aushilfsstellungen im Haushalt völlig unzureichend trotz des Mangels an Fabrikarbeit.

Von der Sicherheitspolizei.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Der Tätigkeitsbericht der Sicherheitspolizei der Provinz Sachsen beweist, daß auch in Sachsen die bisher in einzelnen Kreisen herrschende Erregung gegen die „Grünen" in wachsendem Maße in gegenseitiges Vertrauen umschlägt, und das einerseits die Beamten der Sicherheitspolizei durch einwandfreies Benehmen, wenn auch in gemissenhafter Pflichterfüllung, ein gutes Einvernehmen mit der Bevölkerung herzustellen bemüht sind, daß andererseits aber auch die Bevölkerung einzusehen beginnt, wie wertvolle Dienste eine gute, politisch nicht interessierte Sicherheitspolizei den Arbeitern und Bürgern in Stadt und Land in der Wahrung von Ruhe und Ordnung leisten kann. Mit der Zeit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Sicherheitspolizei sich immer inniger gestalten und die „Sipo" wird sich allmählich in die Stellung des „Mädchen für Alles" mit Geschick und Umsicht hineinfinden. Aus dem Tätigkeitsbericht sei einiges Bemerkenswertes hervorgehoben:

Die Gruppe I (Halle) ist häufig als Flurschutz angefordert worden und hat durch die bewegliche Hundertschaft Streifen zu Pferde, Rad und zu Fuß durchgeführt. Geschickt angelegte Razzien führten zur Unterbindung der häufigen Felddiebstähle.

Die Anwesenheit eines Kommandos genügte, um weitere Meutereien in der Strafanstalt Lichtenberg zu unterdrücken. Gerade hierbei wurde der Beweis erbracht, wie durch besonnenes, aber energisches Eingreifen schwierige, gefahrdrohende Situationen reibungslos abgebogen werden können.

Die Gruppe II (Erfurt) hat gleichfalls in Verbindung mit der blauen Polizei als Flurschutzkommando und bei der Festnahme von Dieben hervorragende Dienste geleistet. Ebenso ist sie bei Ausbebung von Waffenlagern behilflich gewesen.

Die Abteilung Magdeburg hat den Abtransport von 1500 Russen aus dem Truppenlager Altengrabow ohne Zwischenfälle erledigt und somit in bester Weise dazu beigetragen, daß die in der Oeffentlichkeit oft gerügten Zustände in dem Lager einer wesentlichen Besserung entgegengeführt wurden.

Besonderes Interesse dürfte die geglückte Ausbebung eines großen Schiebernestes bei Magdeburg beanspruchen.

In dem vorstehenden Bericht sind nur die wichtigsten Tatsachen hervorgehoben. Beschwerliche und gewissenhafte Kleinarbeit ist aber erforderlich, um die Aufgaben zu erfüllen, die der Sicherheitspolizei im Interesse des Wohles der Allgemeinheit gestellt sind. Um das restlos zu verrichten, ist jedoch Haupterfordernis, daß die Bevölkerung in der Sicherheitspolizei keinen unangenehmen und lästigen Fremdkörper, sondern ein Bindeglied sieht, das sich auf gegenseitiges Vertrauen und gern gewährte Zusammenarbeit stützt.

Deutscher Hausbesitztag.

In der Zeit vom 7. bis 10. August hält der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine seinen 41. Verbandstag in Magdeburg in den „Wilhelma-Festsälen" ab. Dem Verbandstag gehen Sitzungen des Gesamtvorstandes am Freitag, den 6. August, voraus. Der Verbandstag selbst beginnt seine Arbeit am Sonnabend, den 7. August, nachmittags 4 Uhr, mit einer Sitzung, in der eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten zur Erledigung kommen sollen. Am Sonntag wird die Arbeit fortgesetzt, und zwar soll zu verschiedenen Fragen Stellung genommen werden, die dem Hausbesitz in der heutigen Zeit besonders nahe gehen. Professor Bredt-Marburg wird über die Grundwerte und ihre Steuer sprechen. Der Präsident des Anhaltischen Landtages Peus-Dessau ist zum Berichterstatter über das Thema „Freiwillige oder gesetzliche Ansparung des Wohnungskapitals" bestimmt. Das Korreferat hat Justizrat Dr. Baumert-Spandau übernommen. Dann wird sich der Verbandstag noch mit der neuesten Gesetzgebung auf dem Gebiete des Mieterschutzes und der Wohnungsbeschlagnahme beschäftigen. Der Generalsekretär des Verbandes Max Dieske-Charlottenburg wird über diese Fragen einen ausführlichen Vortrag halten. Am Montag, den 9. August, werden die Verhandlungen fortgesetzt, und zwar will dann der Verbandstag Stellung zu einer Reihe von Anträgen nehmen, die von einzelnen Vereinen eingebracht sind. Zu erwähnen sind darunter die Feststellung von Richtlinien für Mietverträge, die Vertretung des Hausbesitzes im Reichswirtschaftsrat, Aufhebung des Schornsteinfegerprivilegs, Aufbringung der Kosten für den Neubau von Straßen, Kanälen usw.

In Verbindung mit der Tagung des Zentralverbandes findet am Sonntag, den 8. Aug., der Deutsche Hausbesitzer-Genossenschaftstag statt. In einer öffentlichen Hausbesitzerversammlung am Montag, den 9. August, werden Vertreter des Hausbesitzes aus allen Teilen Deutschlands zu den Zwangsmietpreisen und der Wohnungsbeschlagnahme Stellung nehmen. Für Dienstag, den 10. August, ist eine Tagung der Vermieterbeisitzer bei den Einigungsämtern vorgesehen.

Herabsetzung des Preises für Frühkartoffeln. Die Provinzialkartoffelstelle gibt bekannt, daß der Erzeugerhöchstpreis für den Zeitiner Frühkartoffeln, der laut Bekanntmachung vom 25. Juni 1920 vom 12. Juli ab bis auf weiteres auf 32 Mark festgesetzt worden war, vom 25. Juli ab 30 Mark beträgt.

Charakterverleihung als Leutnant an ehemalige Reserveoffiziersaspiranten. Nach einer neuen Verfügung des Reichswehrministeriums können Porteepeeunteroffiziere des ehem. Beurlaubtenstandes, die vor dem Kriege oder in dessen Laufe zu Reserveoffiziersaspiranten ernannt worden sind, an einem Ausbildungskursus für solche mit Erfolg teilgenommen und die Eig-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200720046/fragment/page=0001

nung zum Offizier durch einen ihrer Dienstvorgesetzten zugesprochen erhalten haben, nach ihrem Ausscheiden zur Verleihung des Charakters als Leutnant in Vorschlag gebracht werden.

Balkonwettbewerb. Die Ankündigung, daß der **Verkehrsverein** in diesem Jahre wieder einen Balkon- und Vorgarten-Wettbewerb veranstaltet, ist in der Bevölkerung freudig begrüßt worden, es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen hierzu vor. Aber es gibt noch manch schönen Balkon oder Vorgarten, der bisher nicht zum Wettbewerb angemeldet ist. Schluß der Anmeldung ist der 25. Juli, die Anmeldung ist an die Geschäftsstelle des Verkehrsverein, Brüderstraße 4, zu richten.

Bad Wittekind. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet unter Leitung des Kapellmeisters Karl Röhren vom verstärkten Philharmonischen Orchester ein großes Konzert als Wagner-Liszt-Abend statt. (Siehe Anzeige.)

Festgenommen wurde ein Einbrecher, der bei mehreren Diebstählen Waren im Werte von etwa 12 000 Mark erbeutet hatte. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte den Geschädigten zurückgegeben werden.

Ein Schwindler. Unter der unwahren Angabe, mit ihrem Sohn zusammen in Ammendorf zu arbeiten und von diesem beauftragt zu sein, ihm die Sachen zu bringen, hat der nachstehend beschriebene Mann eine Frau in der Eichendorffstraße um einen dunkelblauen einreihigen Jackettanzug, 1 Paar schwarze Schnürschuhe und einige andere Sachen betrogen. Der Betrüger, der sich Meinicke genannt hat, ist etwa 24 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, gesundes, volles Gesicht und trug braunkarrierten Anzug. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei nach Zimmer 71 oder 20.

Gestohlene Wäsche. In der Nacht zum 19. d. M. ist durch Eindrücken einer Fensterscheibe in dem Waschhause eines Grundstücks in der Reisstraße Wäsche, meistens A. G. gezeichnet, im Werte von 1500 Mark gestohlen worden. In jenem Stadtteil sind in letzter Zeit überhaupt viele Diebstähle dieser Art vorgekommen, so daß Aufmerksamkeit auf verdächtige Personen gebeten ist. Mitteilungen über etwaige Wahrnehmungen wollen an die Kriminalpolizei, Zimmer 71 oder 20, gerichtet werden.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, gelangt die Oper „Martha" zur Aufführung. Mittwoch „Im weißen Röß'l". Donnerstag „Hoheit tanzt Walzer". Die Donnerstag-Stammkarten haben zur Freitag-Vorstellung „Carmen" Gültigkeit. Sonnabend „Stein unter Steinen". Sonntag, 4½ Uhr, Fremdenvorstellung „Die Meistersinger von Nürnberg".

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Die letzte Aufführung von Goethes Schauspiel für Liebende „Stella" findet in den Städtischen Kammerspielen in Bad Wittekind am Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr, statt. Karten sind im Vorverkauf an der Stadttheaterkasse erhältlich. Die Abendkasse in Bad Wittekind wird eine halbe Stunde vor Beginn der Aufführung eröffnet.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer **Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12—17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an, von Bratfett (kein Pflanzenfett), Fleisch- und Wurstkonserven und weißen** Bohnen mit Fett in der Talamtschule, am Mittwoch, den 21. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48 001—53 000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 53 001—57 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Jugendliche von 12—17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 M. abgegeben werden. — Ferner können gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 7,50 M. für das halbe Pfund, ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3,00 M. und 1 Dose weiße Bohnen mit Fett zum Preise von 1,00 M. abgegeben werden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 14 501 bis 15 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 15 501 bis 18 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 21. Juli, auf den Abschnitt 44 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Kraneis, Dieskauer Str. 6. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 23. Juli, abzuliefern.

Vermischtes.

Ebert und Noske im Bade. Das Schöffengericht Ahrensbök hatte sich in einer Klage mit der Frage zu beschäftigen, ob die Verbreitung der bekannten Photographie „Ebert und Noske im Ostseebad Haffkrug" objektiv widerrechtlich sei. Das Gericht hat, wie Oberamtsrichter Mittbauer in der „Deutschen Juristenzeitung" mitteilt, diese Frage verneint und den wegen gewerbsmäßiger Verbreitung des Bildes ohne Genehmigung eines Mitabgebildeten angeklagten Photographen rechtskräftig freigesprochen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß Ebert und Noske der Zeitgeschichte angehörten und daß zur Verbreitung von Bildern aus der Zeitgeschichte eine Genehmigung nicht erforderlich sei.

Zur Erleichterung der im Steuerinteresse und aus wirtschaftlichen Gründen weiter bestehenden Postüberwachung gegenüber dem Auslande war bisher in Briefsendungen nach dem Auslande nur eine Reihe bestimmter Sprachen zugelassen. Diese Einschränkung ist jetzt weggefallen, so daß Briefsendungen nach dem Auslande in jeder beliebigen Sprache abgefaßt sein können. Da indessen nicht bei jeder Postüberwachungsstelle Prüfer für alle Sprachen vorhanden sind, müssen die Verfasser von Briefen in fremden Sprachen u. U. damit rechnen, daß ihre Briefe zur Prüfung von der zunächst zuständigen Stelle an eine andere Postüberwachungsstelle, die über einen der gewählten Sprache kundigen Dolmetscher verfügt, weitergeleitet werden und daß dadurch eine gewisse Verzögerung der Sendungen eintritt.

Das Denkmal eines großen Journalisten. Zur Erinnerung an den Journalisten W. T. Stead wurde in London ein Denkmal eingeweiht, das die von G. Frampton geschaffene Bronzebüste dieses hervorragenden Schriftstellers zeigt. Die Reden, die dabei gehalten wurden, priesen Stead als den „größten Journalisten seiner Tage". Auch Lord Northcliffe brachte eine Huldigung dar, obwohl der feurige Idealismus Steads sehr wenig gemein hatte mit der skrupellosen Realpolitik des britischen Zeitungskönigs.

Ein Einstein-Preisausschreiben in Amerika. Die Newyorker Zeitschrift „Scientific American" hat einen Preis von 5000 Doll. ausgesetzt für die beste in englischer Sprache geschriebene Abhandlung, die in ganz einfacher und nicht mehr als 3000 Worte umfassender Darstellung die Einsteinsche Theorie erklärt.

Das Glaubensbekenntnis der Reichstagsmitglieder. Das Religionsbekenntnis der Mitglieder, soweit sie sich darüber ausgelassen haben, ist folgendes: 173 Evangelische, 105 Katholische, 133 Dissidenten, Religionslose, 1 Baptist, 1 Freikirchlicher, 1 Altkatholik, 1 Deutschkatholik, 5 Juden, 1 Atheist, 1 Ungetaufter. Die Unabhängigen sind alle Dissidenten, das Zentrum hat keinen, die bayerische Volkspartei einen Evangelischen. Die Sozialdemokraten haben 17 Evangelische und 7 Katholiken.

Die Wandertaube, deren Aussterben vor fünf Jahren aus dem Zoologischen Garten zu Cincinnati gemeldet wurde, ist im Staate Newyork wieder gesehen worden. Die Wandertauben traten noch am Ende des 18. Jahrhunderts in großen Mengen auf. Sie bildeten so gewaltige Schwärme, daß sie riesige Kornfelder abräumten. Sie wurden deshalb möglichst ausgerottet. Mancher Ansiedler benutzte die Tauben zur Mast seiner Schweine.

Verlangen Sie

in der

Bahnhofs-Buchhandlungen oder bei Ihrem Buchhändler

das zuverlässige und leicht übersichtliche

❖ ❖ **Allgemeine** ❖ ❖

Mitteldeutsche Fahrplanbuch

Preis Mk. 2.50 (über 300 Seiten)

Wo nicht erhältlich, wende man sich an

Zeitungsverlag u. Druckerei Otto Hendel, Halle a. S.,

Neue Promenade 1a u. Or. Ulrichstr. 52

Telefon 1133. ❖ ❖ Telefon 1133.

Unwetter im Rheinland. Ein furchtbares Unwetter richtete in Viersen einen Millionenschaden an. Der Hagel prasselte in pflaumengroßen Stücken nieder und zerschlug viele Fensterscheiben. Gleichzeitig wurden durch den Sturm Dächer abgedeckt und Bäume entwurzelt. Die Obsternte ist vollkommen vernichtet. Auf den Straßen war eine handhohe Eisschicht. Das Elektrizitätswerk ist zum Teil gestört, da zwei große Kühltürme eingestürzt sind.

Die Handgranate unter Lumpen. Als in Dortmund der Lumpenhändler Berendes die aufgekauften Lumpen bei dem Großhändler Biermann abliefern wollte, fand er eine Handgranate darunter. Als er sich mit ihr zu schaffen machte, explodierte die Handgranate und zerriß ihn vollständig. Frau Berendes wurde auch schwer verletzt und in das Krankenhaus gebracht.

Sport der „Saale-Zeitung".

Voraussagen für Mittwoch, den 21. Juli.

Harzburg.

1. R.: Schneeball—Zinnga. 2. R.: Sibylle—Alexis. 3. R.: Slota Lipa—Nova. 4. R.: Mechow—Feldherr. 5. R.: Fischerin—Romberg. 6. R.: Sonntagsmädel—Sperrfeuer.

Duisburg.

1 R.: Caliaß—Panter. 2. R.: Biedermann—Kobolt. 3. R.: Ahnung—Tschamalan. 4. R.: Marksheider—Musette. 5. R.: Lorigan de Coty—Toborzo. 6. R.: Spartaner—Hildur. 7. R.: Tolmein—Pläswitz.

Die Tennisergebnisse

des sächs. thür. Hochschulwettkampfes sind: **Herreneinzelspiel** Läster-Halle—Bleichröder-Halle 6:1 (zurückgezogen). **Dameneinzelspiel** Frl. Rehmitz-Halle—Frl. Schirp-Jena 6:2, 6:1. Außer Konkurrenz schlug W. Läster-Halle Knorr-Jena 6:1, 9:7.

Der deutsche Meisterspringer Albert Zürner hat sich am Sonnabend bei einem Uebungssprung das Rückgrat so schwer verletzt, daß er am Sonntag früh gestorben ist. **Zürner** errang 1908 bei dem Olympiade in London die **Weltmeisterschaft** im Springen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Beseitigung der Zwangswirtschaft in der Margarineindustrie. Im Reichswirtschaftsministerium fanden im Laufe der vorigen Woche Verhandlungen statt mit den Vertretern der Margarineindustrie, welche zunächst zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Danach setzt **sofort der freie Verkauf von Margarine** ein mit Lieferungswirkung vom 1. August d. J. ab. Die Fabriken werden vorläufig nur eine einzige Sorte unter der Marke „Neutral" herstellen und in den Handel bringen.

Gegen die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers. Der Verband Deutscher Zuckerwaren- und Schokolade-Fabrikanten, mit dem Sitz in Braunschweig, hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung gefordert wird. Der Verband ist der Ansicht, daß die Freigabe der Zuckerverarbeitung in hohem Maße anregend auf den Rübenanbau wirken und daß nach einer kurzen Uebergangszeit zum mindesten der Inlandbedarf an Zucker gedeckt und voraussichtlich auch bald wieder ausreichend Zucker für den Export vorhanden sein würde. Eine wesentliche Preissteigerung des Zuckers werde kaum in Frage kommen, da bei Aufhebung der Zwangswirtschaft die verhältnismäßig sehr hohen Unkosten der Bewirtschaftung in Fortfall kommen würden.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen Japans mit Deutschland. Wie der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld erfährt, hat Japan an Deutschland einen großen Auftrag an veredelten Blechen gegeben, der viele Millionen Mark beträgt.

Vereinigte Berliner Mörtelwerke. Die Verwaltung teilt mit, daß der Verlauf des ersten halben Geschäftsjahres bei gleicher Weiterbeschäftigung der verschiedenen Betriebsanlagen eine erhebliche Verringerung der vorjährigen Unterbilanz am Jahresschluß erwarten läßt.

Die Deutschen Erdharzwerke Olbersdorf G. m. b. H. in Olbersdorf bei Zittau, die an die dem Donnersmarck-Goldschmidt-Friedländer-Konzern gehörige Erdöl- und Kohlenverwertungs-Akt.-Ges. übergegangen ist, nimmt in den nächsten Tagen nach längerem Stillstande den Betrieb wieder auf. In der Zwischenzeit sind bedeutende Umbauten und Erweiterungsbauten vorgenommen worden. Es wurden auch Wege gefunden, aus der bei Zittau lagernden Braunkohle brauchbare Harze zu gewinnen, die durch ihre Qualität und Verwendbarkeit den ausländischen Erzeugnissen gleichkommen sollen.

Vogtländisches Elektrizitätswerk A.-G. Bergen. Aus einem Reingewinn von 106 424 (19 003) Mk. sollen 4 (0) Prozent Dividende zur Verteilung gelangen. Die Gesellschaft konnte die Stromverkaufspreise mit den erheblich gestiegenen Entstehungskosten einigermaßen in Einklang bringen. Die Leuchtmittelknappheit und die zunehmende Verwendung von Motorantrieben brachte der Installationsabteilung einen guten Geschäftsgang.

Preisermäßigung für Gußeisen und Abflußrohre. Das Gußrohrsyndikat hat die Preise für gußeiserne Abflußrohre mit sofortiger Wirkung um 40 Mk. je 100 Kilo auf 480 bis 500 Mk. je nach Sorte ermäßigt.

Preisermäßigung in der Installationsbranche. Die Lieferantenvereinigung der Installationsbranche hat den Aufschlag auf die Grundpreise für Lagerverkäufe um 10 v. H. auf 22,50 v. H. für Lieferung frei Baustelle und auf 20 v. H. für Lieferung frei Station ermäßigt.

Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaften in Dresden. Wie dem „L. T." von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, dürfte das erste Semester des laufenden Jahres trotz der Ausfälle während des Streikes mit einem **großen Ueberschuß** abschließen, wozu neben dem sehr regen Frachtengeschäft Gewinne aus Verkäufen an Dampfern beitrugen. Auch gegenwärtig ist der Frachtenandrang groß, sodaß die Aussichten für das zweite Halbjahr nicht ungünstig erscheinen. Sollten sich die Wasserverhältnisse und die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtern, so dürfte damit zu rechnen sein, daß die Unterbilanz nicht nur völlig getilgt, sondern daß darüber hinaus ein sehr respektabler Gewinn zur Verfügung stehen dürfte, aus dem auch eine gute Dividende zur Verteilung gelangen könnte. Diese Voraussage läßt sich aber nur unter dem Vorbehalt einer weiteren günstigen Entwicklung machen.

Braunkohlenprodukten-A.-G. Unter dieser Firma wurde mit einem Kapital von 7,5 Mill. Mk. eine neue Gesellschaft in das Berliner Handelsregister eingetragen. Von dem gesamten Aktienkapital übernahm die Fürstlich-Donnermarcksche Verwaltung, die Deutsche Petroleum-A.-G., Robert Friedländer Fuld, die Theodor Goldschmidt-A.-G. und Dr. Robert von Koch je 1 Mill. Mk. und die Erdöl- und Kohlenverwertungs-A.-G. 2,5 Mill. Mk. Zweck des Unternehmens ist die Gewinnung von Teer usw. aus Braunkohlen.

+ **Wagenstellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. S., den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 19. Juli zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenloks gestellt 4752, nicht gestellt — Wagen zu je 10 Tonnen Ladegewicht.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A-G. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189. Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6676. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 15 Ziffer 4 der Polizeiverordnung vom 25. Juni 1907 über das Droschken-Fuhrwesen in Halle die Benutzung der Droschken zur Beförderung von Leichen und von Personen, die an einer ansteckenden Krankheit leiden, verboten ist.

Halle, den 16. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Die Gruppe I der Sicherheitspolizei hat mit dem 9. Juli 1920 den polizeilichen Sicherheitsdienst im mittleren Stadtbezirk aufgenommen. Die Sicherheitspolizeiwache befindet sich in der Moritzburg.

Halle, den 19. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Behufs Instandsetzung der Fußweg-Unterführung hinter dem südöstlichen Auflager der Hafenbahnbrücke wird der Fußsteg über die Hafenbahn nach dem Böllberger Weg vom 19. d. M. ab auf 2 Tage für den Fußgängerverkehr gesperrt.

Halle, den 17. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

I. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1920 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden: 1 Handtasche mit Inhalt, versch. Geldscheine, 1 silbernes Armband, 1 Gehstock, 1 Kordbecke, 7 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Halskette, 1 Zigarettenspitze, 1 goldene Brosche, 1 genäpfte Handtasche mit Inhalt, 1 Quittungsbuch, 1 Ziegenbock, mehrere Schlüssel.

II. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: 1 Bund Schlüssel (12 Stück), 1 schwarzes Medaillon, 1 rotbraune Ledertasche mit ca. 400 Mk. Inhalt, 1 goldene Brille, 1 br. Geldbrieftasche mit 70 Mk. und Papieren, 1 gold. runde Brosche mit schw. Achat und kl. Perlen, 1 gold. Kettchen mit kl. Herz eingraviert „Lottel", 1 kl. Brillantbrosche mit Sicherheitsnadel, 1 kl. Kinderschuh, 1 dunkelbl. Pompadour mit roter Brieftasche, Inhalt ca. 50 Mk., 1 Uhrkette, 2 Strümpfe, 1 alte goldene Herrenuhr mit Schlüssel und Nickelkette, 1 Trauring, ges. M. S., 1 goldenes Gliederarmband, 1 br. rundes Geldtäschchen mit Jahresfahrkarte und ca. 13 Mk., Rasierklinge, 1 kl. goldener Ring, 1 br. Lederhandtasche mit Schlüsseln und Geldtäschchen mit 18 Mk., 1 schw. Lederhandtasche mit Schlüssel, 50-Mk.-Schein, Brotmarken und Taschentuch, 1 Patent- und 1 Hauschlüssel, 1 schmale braune Handtasche mit Schlüsselbund, 1 silb. Börse, 1 schw. Handtasche mit Lebensmittel-, Zuckerkarten, Brotmarken, Schlüssel, 1 silb. Uhrarmband, 1 Geldbeutel mit ca. 500 Mk., 1 gold. Damenliederarmband, ges. Wolf, 1 schw. seidene Strickjacke, 1 br. Lederbrieftasche mit Ausweisen, 400—500 Mk., Ausweis, 1 rotes Geldtäschchen mit 8 Mk., Karpfenschuppen, 1 Taschentuch, 1 gold. Ohrring, Deckeluhr mit 2 Zipfeln, Zifferblatt ges., 1 braunlederne Geldtasche mit 4 Quittungen und 505—510 Mk., 1 Brieftasche mit 285—300 Mk. Geld, Photographien, Brotmarken, 1 schw. Tasche mit Lebensmittelscheinen usw., 1 silb. Damenuhr mit grün-weiß-roiem Meinzipfel, 1 Alpakauhrarmband, 1 schw. Brieftasche mit ca. 70 Mk., Kusswein, 1 schw. seidenes Jacket.

Die unbekannten Eigentümer der unter I bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 100, geltend zu machen.

Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Halle, den 15. Juli 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200720046/fragment/page=0002